

**1** Vom formalen Ablauf her ist die Sache ganz einfach: Dafür stellt eine Partei den entsprechenden Antrag und danach wird abgestimmt. Detailbestimmungen regeln, dass mindestens die Hälfte der Abgeordneten anwesend sein muss. Gibt es eine Mehrheit für den Misstrauensantrag, so ist die Regierung, der Kanzler oder der Minister des Amtes zu entheben.

**2** Wichtig ist es zu wissen, dass anders als in den USA und beim dortigen Präsidenten eine solche Amtsenthebung nicht bedeutet, dass der Kanzler oder die Minister etwas Strafrechtliches angestellt haben müssen.

Es geht einfach darum, ob die Mehrheit der von uns allen gewählten Volksvertreter dem Amtsträger politisch noch vertraut oder nicht. Im Unterschied zu Deutschland muss sich auch nicht gleichzeitig eine Mehrheit für einen neuen Kanzler – konstruktives Misstrauensvotum genannt – finden.

**3** Die von Peter Pilz gegründete Liste Jetzt hat im Parlament einen Misstrauensantrag gegen Bundeskanzler Sebastian Kurz angekündigt. In der Geschichte der Zweiten Republik war so ein Antrag freilich noch nie (!) erfolgreich. Der Grund dafür ist banal: Die Regierungsparteien haben ja die Mehrheit im Nationalrat und stimmen – egal, wie zerstritten sie sonst waren – immer dagegen.

Dieser Pakt hat bisher immer gehalten, sogar wenn

# Misstrauen ja, aber wie?

Die Abgeordneten im Nationalrat können der ganzen Bundesregierung, dem Bundeskanzler oder einem einzelnen Minister das Misstrauen aussprechen. So steht es in Artikel 74 in unserer Verfassung. Doch was bedeutet das in der aktuellen Situation politisch?

eine Regierungszusammenarbeit platzte und wie derzeit Neuwahlen bevorstehen. Als Grund gab man an, dass ja bis zum Wahltag und der Bildung einer neuen Koalition irgendwer weiterregieren müsse.

**4** Inzwischen ist aber in der österreichischen Politik fast nichts mehr, wie es einmal war. Nachdem Kurz Innenminister Herbert Kickl dem Bundespräsidenten zur Entlassung vorgeschlagen hat, wollen alle FPÖ-Minister die Regierung verlassen.

Also gibt es – egal, ob ÖVP-Politiker, Spitzenbeamte oder Experten nachnominiert werden – nicht länger eine parlamentarische Regierungsmehrheit. Mit anderen Worten: Wenn sich die Oppositionsparteien SPÖ, Neos und Jetzt mit der FPÖ einig sind – rechnerisch genügt auch die Einigkeit von SPÖ und FPÖ –,

so ist Kurz weg vom Kanzlersessel und kann auch seine ganze Regierung ihr Amt los sein. Was dann? Der Bundespräsident müsste sich einen neuen Kanzler suchen, und dieser schlägt ihm neue Minister vor.

**5** So weit, so gut. Das kann man je nach persönlicher Meinung begrüßen oder ablehnen. Es wäre einfach das, was dem Verfassungsrecht in Österreich entspricht. Nur was dann? Bei unklaren Mehrheitsverhältnissen im Nationalrat droht ja jeder neuen Regierung genauso ein Misstrauensantrag.

Im allerschlimmsten Fall wäre ein Kanzler oder Minister nach dem anderen immer bloß für eine Woche im Amt. Das würde das Land an den Rand der Handlungsunfähigkeit führen.

Hinzu kommt, dass das Damoklesschwert einer Ab-



PROF. PETER FILZMAIER

## Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

berufung ja nicht nur beim Jetzt-Antrag über Kanzler Kurz schwebt. Es kann in den nächsten Monaten jeden Tag ein weiterer Misstrauensantrag kommen.

**6** Alle politischen Akteure sind also aufgefordert, bis zum Abschluss der Koalitionsverhandlungen nach der Neuwahl im September für stabile Verhältnisse zu sorgen.

Entweder dadurch, dass Kurz und seine ÖVP plus ein paar Beamte oder Experten die Regierungsgeschäfte vorläufig weiterführen. Oder dass einem möglichst parteiunabhängigen Nachfolger als provisorischem Regierungschef zugesichert wird, ihn und seine Minister nicht gleich wieder durch neuerliche Misstrauensanträge abzuberufen.

Beide Varianten sind möglich, doch eine von beiden muss es sein, um eine Staatskrise zu verhindern.

/// NACHWEHEN DER IBIZA-AFFÄRE /// NACHWEHEN DER IBIZA-AFFÄRE /// NACHWEHEN DER IBIZA-AFFÄRE ///

## Strache sieht sich als Opfer und will Unschuld beweisen

Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache ließ Dienstagfrüh auf Facebook wissen, dass er sich selbst als Opfer sieht: „Wir werden die Hintermänner des Dirty Campaignings gegen meine Person ausfindig machen und meine Unschuld beweisen! Dafür kämpfe ich!“ Seit der Video-Veröffentlichung verlor Strache bereits 100.000 Facebook-Fans.



Fotos: EPA, EXPA / Johann Groder

## Wahlkabine meldet Rekordteilnahme

Angesichts der politischen Vorkommnisse verzeichnet das Portal wahlkabine.at einen Zugriffsrekord. Bereits 300.000 User nutzten die Orientierungshilfe, um auszutesten, welche Partei bei der EU-Wahl am ehesten für sie infrage kommt.